

Anwohner sind sauer: „Das ist keine Demokratie“

Leer. Gerhard Leuschner, Hausbesitzer an der Straße Auf der Lübsche, ist sauer auf die Stadt. Er beschwert sich darüber, wie mit den Hauseigentümern bezüglich des Themas Soziale Stadt umgegangen wird. „Das ist keine Demokratie“, sagt er.

Mit der Kritik steht er nicht allein da. Es formierte sich im Laufe der vergangenen Monate eine Eigentümer-Initiative. Die jüngste Unterschriftenliste von 280 Hauseigentümern gingen Anfang der Woche an den Bürgermeister Wolfgang Kellner. Zum einen fordern die Anwohner den Austrag aus dem Grundbuch. Denn: Anfang des Jahres flatterte eine Nachricht vom Amtsgericht ins Haus, in die Grundbücher sei der Eintrag „Eine Sanierung wird durchgeführt“ vorgenommen worden. „Das alles ohne Rechtsbelehrung. Und es haben nicht

mal alle ein Schreiben bekommen“, so Marianne Theile-Klinkhamer. Leuschner dazu: „Früher nannte man das Diktatur.“ Zweitens wollen die Anwohner keine Ausgleichszahlungen zahlen. Da durch Sanierungen, Anpflanzungen und ähnliches die Grundstücke an Wert gewinnen, solle ein Gutachter die Wertsteigerung pro Quadratmeter feststellen. Diese Preise müßten die Hausbewohner anschließend bezahlen.

„Wir haben unser Eigentum fast 30 Jahre lang abbezahlt. Dann kaufen wir unser Haus ja noch mal“, so Leuschner. Die dritte Forderung ist, aus dem Projekt Soziale Stadt herausgenommen zu werden. „Wenn der Bürgermeister nicht einlenkt, gehen wir bis nach Brüssel.“ Man wolle einen Videofilm drehen und zeigen, daß an den Häusern nichts saniert werden müsse. „Bei uns

ist alles top in Ordnung.“

Der Bürgermeister wandte sich nun mit einem Brief an die beiden. Darin schreibt er unter anderem „...die Eintragung des Sanierungsvermerkes entspricht den gesetzlichen Erfordernissen und ist von daher rechtmäßig.“ An anderer Stelle schreibt er, daß nur der Wertzuwachs der Grundstücke, „der sich aus den Sanierungsmaßnahmen ergibt, nicht die allgemeine Steigerung der Grundstückspreise, die sich ohnehin ohne Sanierung ergeben hätte“, gezahlt werden müsse. Dieser „richtet sich nach den erreichten Verbesserungen in der näheren Umgebung eines Grundstückes“. Kellner wolle den Antrag nach Beratung am Runden Tisch und in der Sanierungskommission dem Bau- und Sanierungsausschuß zur abschließenden Entscheidung vorlegen. **tro**